



ArbeitAargau

Aarau, 17. Juni 2019

Medienmitteilung zum Stellenabbau von General Electric (GE) und von Rockwell

Versprechen gebrochen

ArbeitAargau ist entsetzt über den erneuten Stellenabbau bei GE und die Einstellung in der Produktion von Rockwell. Der Stellenabbau bei GE widerspricht den Versprechen gegenüber den Angestellten. Die Auslagerung der Arbeitsplätze von Rockwell ins Ausland trotz hoher Produktivität zeigt, dass es lediglich um Gewinnoptimierung geht. ArbeitAargau wird die Betroffenen im Kampf um ihre Arbeitsplätze unterstützen und verlangt endlich eine aktive Industriepolitik für den Aargau.

Kopflose Personalpolitik bei GE

Mit einer Resolution forderte ArbeitAargau bereits 2017 von GE, dass die Firma GE gegenüber den Angestellten vollumfänglich und transparent über kurz-, mittel- und langfristige Strategien des Konzerns informiert. Entgegen früherer Versprechen sollen nun erneut Angestellte entlassen werden. Insgesamt wurden nun seit 2016 insgesamt über 1'500 von 4'500 Arbeitsstellen abgebaut. Die aktuelle Personalpolitik lässt Zweifel aufkommen, inwiefern der Konzern langfristig plant. Dies zeugt von einer grossen Respektlosigkeit gegenüber den Angestellten. ArbeitAargau zeigt sich solidarisch mit den Betroffenen und wird diese im Kampf um ihren Arbeitsplatz unterstützen.

Kurzfristiges Renditedenken in der Rockwell

Die Rockwell hat sich nun definitiv dafür entschieden, die Produktion bis Ende 2021 zu schliessen und die Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern. In Aarau bleiben nur 200 von insgesamt 470 Arbeitsplätzen erhalten. Es gibt kaum Anzeichen, dass der Stellenabbau in der Rockwell einer wirtschaftlichen Notwendigkeit entspringt: Das Unternehmen schreibt Gewinn und die Produktivität ist hoch. Im Konsultationsverfahren muss nun dafür gesorgt werden, dass nicht die Angestellten den Preis dafür bezahlen. Entsprechend muss die Rockwell nun umfassend und transparent informieren und die Mitarbeitenden einbeziehen.

Erneuter Stellenabbau zeigt Notwendigkeit einer Industriepolitik!

Angesichts der seit Jahren zu beobachtenden schleichenden Deindustrialisierung im Kanton Aargau und des Ausverkaufs hier angesiedelter Schlüsselunternehmen fordern wir endlich eine aktive Industriepolitik, wie sie in den umliegenden Ländern und Regionen bereits betrieben wird. Industriearbeitsplätze bieten mit ihrer Wertschöpfung nicht nur Arbeitnehmenden gute Löhne, sondern stärkt über die Zulieferketten und angeschlossenen Dienstleistungen auch viele andere Unternehmen im Aargau. Eine aktive Industriepolitik fördert also die Diversität der Aargauer Wirtschaft, die dadurch weniger krisenanfällig wird.

Irène Kälin, Präsidentin ArbeitAargau: «Die von Kündigung bedrohten Arbeitnehmenden dürfen nicht den Preis bezahlen für die Untätigkeit des Bundes und des Kantons rund um die Industriepolitik.»

Bei Fragen steht Ihnen zur Verfügung:

Irène Kälin, Präsidentin ArbeitAargau, Nationalrätin, T. 077 428 43 06, praesidium@arbeitsaargau.ch